

Beilage 1822/2009 zum kurzschriftlichen Bericht des Oö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten

betreffend eine Erhöhung der Anteile aus dem Bundes-
Universitätsbudget für die Oö. Universitäten und Ausbau der
Universitätslandschaft Oberösterreichs

**Gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser
Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass in der neuen Leistungsvereinbarungsperiode 2010-2012 die Johannes Kepler Universität Linz und die Kunstuniversität Linz mehr Anteile aus dem Bundes-Universitätsbudget erhalten, sowie dafür, dass eine positive Grundsatzentscheidung für eine medizinische Universität in Linz getroffen wird.

Begründung

Oberösterreich ist das führende Industrie-, Export- und Technologiebundesland in Österreich. Diese Position soll weiter gestärkt und ausgebaut werden. Die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unseres Bundeslandes bedürfen jedoch einer leistungsfähigen Forschung & Entwicklung sowie qualitativ hochwertiger Bildungsstrukturen. Der Ausbau der Johannes Kepler Universität, vor allem der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, ist für die Entwicklung der oberösterreichischen Wirtschaft von großer Bedeutung.

Der Anteil der oberösterreichischen Wirtschaft an den österreichischen Sachgüterexporten beträgt 27 Prozent, an der Industrieproduktion rund 25 Prozent und am Regionalprodukt 17 Prozent. Dem stehen jedoch keine entsprechenden universitären Ausbildungs- und Forschungsstrukturen gegenüber. So hat die Johannes Kepler Universität in den Jahren 2007-2009 bei einem Anteil von 4,7 Prozent des wissenschaftlichen Personals und von 5,5 Prozent der Studierenden in Österreich nur 3,96 Prozent des Bundes-Universitätsbudgets erhalten. Gemeinsam mit dem Budget der Kunstuniversität in der Höhe von 0,64 Prozent entfallen auf Oberösterreich nur 4,6 Prozent aller Budgetmittel für Österreichs Universitäten. Hingegen entfallen auf die Steiermark rund 20 Prozent, auf Wien sogar 54 Prozent des österreichischen Universitätsbudgets.

Oberösterreich ist daher bei den Ausgaben des Bundes für Universitäten je Einwohner stark im Rückstand. Unser Bundesland erhält pro Einwohner 62 Euro, zum Vergleich erhält die Steiermark 359 Euro und die Bundeshauptstadt Wien sogar 645 Euro. Eine Erhöhung der Anteile aus dem Bundes-Universitätsbudget für die oberösterreichischen Universitäten ist daher dringend vorzunehmen.

Die demographische Situation, die Entwicklungen im Gesundheitswesen und der Fachärztemangel zeigen aber auch, dass Oberösterreich eine Medizinische Universität braucht. Oberösterreich ist darüber hinaus die einzige Gesundheitsplanungsregion, in der sich keine öffentliche

Medizinische Universität befindet. Auch hier ist der Bund gefordert die entsprechenden Maßnahmen zu setzen.

Linz, am 31. März 2009

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Jachs, Weinberger, Frauscher, Lackner-Strauss, Hüttmayr, Entholzer, Bernhofer, Kiesel, Schürerer, Stanek, Eisenrauch, Mayr, Schillhuber, Steinkogler, Strugl, Brunner, Baier, Aichinger, Pühringer, Hingsamer, Brandmayr, Ecker

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Schwarz, Wageneder, Trübswasser

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Schenner, Mühlböck, Chansri, Bauer, Mann, Kraler, Makor-Winkelbauer, Schreiberhuber, Pilsner, Schmidt, Lischka, Kapeller, Röper-Kelmayr, Eidenberger, Prinz, Sulzbacher, Jahn, Lindinger